

**ANFRAGE** von Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich), Andrew Katumba (SP, Zürich) und Nathalie Aeschbacher (GLP, Zürich)

Betreffend Das Potential von eBaugesuchen vollumfänglich nutzen

---

Mit der Einführung der kantonalen IT-Plattform «eBaugesucheZH» wurden wichtige Grundlagen geschaffen, um Baugesuche vollständig digital bearbeiten zu können. Jedoch scheint in der praktischen Anwendung erheblicher Optimierungsbedarf zu bestehen. Insbesondere in der Stadt Zürich zeigt sich deutlich, dass trotz Digitalisierung immer noch zahlreiche Prozessschritte und Anforderungen ausserhalb der Plattform per E-Mail oder sogar physisch erfolgen müssen. Dies verzögert die Baubewilligungsverfahren unnötig und widerspricht dem Grundgedanken einer völdigitalen Abwicklung.

Vor diesem Hintergrund bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

#### **A. Vollständigkeit und Funktionalität der Plattform**

1. Betrachtet der Regierungsrat das Projekt mit der Einführung der Plattform «eBaugesucheZH» als abgeschlossen, oder bestehen noch wesentliche Lücken, die geschlossen werden müssen?
2. Welche konkreten Prozessschritte fehlen derzeit noch auf der Plattform, um eine vollständige digitale Bearbeitung von Baugesuchen zu gewährleisten?
3. Wann und wie werden fehlende Prozessschritte, insbesondere die Verwaltung von Auflagen (Pendenzenlisten), digital implementiert?
4. Teilt der Regierungsrat die Einschätzung, dass die Notwendigkeit zusätzlicher physischer Unterlagen die vollständige Digitalisierung des Prozesses erheblich beeinträchtigt? Welche Massnahmen werden getroffen, um dieses Problem zu beheben?

#### **B. Schnittstellen und Integration weiterer Dienste**

5. Warum sind Grundbuchdaten, Plangrundlagen und weitere notwendige Dokumente derzeit nicht über die Plattform abrufbar? Wann und wie wird diese Integration gewährleistet?
6. Welche Schritte plant der Regierungsrat, um Schnittstellen zu weiteren relevanten kantonalen und kommunalen Informationssystemen herzustellen (z.B. GIS-Datenbanken, Grundbuchämter)?

#### **C. Flexibilität und Zukunftsfähigkeit der Plattform**

7. Ist der Entwicklungs- und Projektmanagementprozess der kantonalen Plattform ausreichend agil, um schnell auf gesetzliche oder prozessuale Veränderungen reagieren zu können? Falls nein, welche Anpassungen sind geplant?
8. Welche neuen Technologien (z.B. KI, Prozessautomatisierung, Building Information Modelling – BIM) werden für die Weiterentwicklung der Plattform evaluiert und genutzt? Falls derzeit keine Nutzung vorgesehen ist, weshalb nicht?

#### **D. Zusammenarbeit und Einbezug der Gemeinden**

9. Ist der Kanton mit den Gemeinden weiterhin im regelmässigen Austausch, um deren Bedürfnisse und Praxiserfahrungen systematisch aufzunehmen und die Plattform weiterzuentwickeln?

10. Welche konkreten Massnahmen ergreift der Regierungsrat, um sicherzustellen, dass Gemeinden – insbesondere jene mit hohem Gesuchsvolumen wie Zürich – direkt in die Weiterentwicklung und Optimierung der Plattform eingebunden sind?

#### **E. Finanzierung und langfristige Planung**

11. Ist die Finanzierung der Plattform über die kommenden Jahre gesichert, um den Gemeinden eine verlässliche Planungsgrundlage zu bieten?
12. Welche Ressourcen sind vorgesehen, um kontinuierliche technische und funktionale Weiterentwicklungen der Plattform sicherzustellen?

#### **F. Datenschutz, Rechtssicherheit und elektronische Signaturen**

13. Unterstützt die Plattform bereits heute vollständig qualifizierte elektronische Signaturen (QES) gemäss aktuellen gesetzlichen Vorgaben? Falls nein, bis wann ist diese Funktionalität vorgesehen?
14. Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass Nutzerdaten (wie E-Mail-Adressen, Bauadressen usw.) jederzeit aktuell, korrekt und vollständig in der Plattform hinterlegt sind?
15. Wird die elektronische Akteneinsicht gemäss den Anforderungen des Informations- und Datenschutzgesetzes (IDG) sichergestellt?

Sonja Rueff-Frenkel  
Andrew Katumba  
Nathalie Aeschbacher